

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Jürgen Clemens

Regierung schließt fünf Radio-Sender – LTTE-Angriffe im Süden

Ende Oktober hatte die srilankische Regierung fünf Sender des ABC-Netzwerkes suspendiert. Den Radiosendern wurde vorgeworfen, dass sie eine Falschmeldung über einen Angriff der Tamil Tigers (LTTE) auf ein Dorf im Süden des Landes verbreitet hätten. Auch wenn der Angriff nicht stattgefunden hatte, sah sich die Regierung veranlasst, auf die Verunsicherung der dortigen Bevölkerung zu reagieren und Polizei und Armeeeinheiten in das Dorf zu entsenden. Diese Radiomeldung erfolgte rund eine Woche, nachdem die LTTE tatsächlich im Yala Nationalpark im Süden einen Armeeposten überfallen und sieben Soldaten getötet hatte. In den Medien wird diese Meldung als Teil des andauernden Propagandakrieges zwischen LTTE und der Regierung kommentiert.

Aufruf an die Regierung – Unterlassung erzwungener Rückkehr

In einem Bericht von Ende September 2007 weist das *International Displacement Monitoring Center* (IDMC) in Genf darauf hin, dass rund 460 000 Zivilisten weiterhin als Bürgerkriegsflüchtlinge in Sri Lanka von den andauernden Kämpfen betroffen sind. Im Bericht "Civilians in the Way of Conflict: Displaced People in Sri Lanka" wird vor allem beklagt, dass viele Vertriebene wieder zwangsweise in ihre Heimat zurück geschickt werden. Auch der Leiter des Norwegischen Flüchtlingsrates, Tomas Archer, fordert von der Regierung, dass sie die Vertriebenen in die Planungen zur Rückkehr mit einbeziehen müsse. Unter den Bürgerkriegsvertriebenen sind laut Berichten Tamilen und Muslime überproportional vertreten. Als Rückkehrhindernisse werden die meist nicht mehr vorhandenen Einkommensmöglichkeiten sowie die oftmals noch nicht ausreichend wiederhergestellte Sicherheitslage am Heimatort herausgestellt. Darüber hinaus sind die Bürgerkriegsvertriebenen auch Menschenrechtsverletzungen aller Parteien, Armee, Tamil Tigers (LTTE) und der Karuna-Gruppe, ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Zwangsrekrutierungen, Entführungen und Morde. Der IDMC-Bericht schließt mit der Forderung an die Regierung, den Bürgerkriegsvertriebenen die Standards der Vereinten Nationen zukommen zu lassen. Der Bericht ist unter www.internal-displacement.org abzurufen.

fen. Nach aktuellen UNHCR-Berichten fliehen zahlreiche Rückkehrer wieder aus ihren Heimatgebieten nahe Trincomallee in Lager im Batticaloa District. In den Heimatgebieten sei es wiederholt zu Angriffen und Übergriffen auf Zivilisten gekommen. Auch das UNHCR fordert, dass die Rückkehr nur freiwillig erfolgen dürfe.

Zwei Menschenrechtler erhalten Martin Ennals Preis 2007

Die beiden Lehrer Rajan Hoole und Kopalasingham Sritharan erhielten im Oktober – gemeinsam mit Pierre Claver Mbonimpa aus Burundi – aus der Hand des UN-Kommissars für Menschenrechte den Martin Ennals Preis 2007. Die beiden Lehrer sind Mitbegründer der *Organisation University Teachers for Human Rights* (UTHR). Seit rund 18 Jahren berichten sie über die Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten des Bürgerkrieges. Da auch Taten der Tamil Tigers (LTTE) dokumentiert werden, hat die LTTE nach Presseberichten die Todesstrafe gegen die beiden Lehrer verhängt. Der Martin Ennals Preis wurde nach dem ersten Generalsekretär von amnesty international benannt und gilt als der bedeutendste Preis der Menschenrechtsbewegung amnesty international.

Srilankischer Jurist für Alternativen Nobelpreis nominiert

Für seine lebenslange bahnbrechende Arbeit zur Stärkung und Ausweitung des Völkerrechts wurde der Richter am Internationalen Gerichtshof, Christopher Weeramantry, als einer von vier Preisträgern des Alternativen Nobelpreises – *Right Livelihood Award* – 2007 nominiert. Weeramantry wird vor allem für seine Verurteilung des generell mit dem Völkerrecht unvereinbaren Einsatzes sowie der Drohung mit Atomwaffen ausgezeichnet.

Menschenrechtler fordern Anklage gegen Karuna in Großbritannien

Nachdem der als Oberst Karuna Amman bekannte ehemalige Befehlshaber der Tamil Tigers (LTTE) im Osten Sri Lankas, Vinayagamoorthi Muralitharan, in London von Einwanderungsbehörden und Polizei am 02. November 2007 festgenommen wurde, fordern verschiedene Menschenrechtsorganisationen

seine Anklage in Großbritannien wegen Kriegsverbrechen. *Human Rights Watch*, *amnesty international* und „Coalition to stop the Use of Child Soldiers“ lassen durch Anwälte die juristischen Möglichkeiten prüfen. Sie wollen vor allem eine Abschiebung nach Sri Lanka verhindern. Dort lägen laut srilankischer Regierung keine Anklagen gegen ihn vor. Die Karuna-Gruppe ist eine Fraktion der LTTE, die sich im März 2004 im Osten des Landes von der Führung der LTTE losgesagt hatte. Nach verbreiteter Einschätzung wird die Abspaltung von der srilankischen Regierung unterstützt. Die Karuna-Gruppe ist in Sri Lanka aber auch für ihr brutales Vorgehen bekannt – vgl. den *Human Rights Watch* Bericht „Complicit in Crime: State Collusion in Abductions and Child Recruitment by the Karuna Group“ vom Januar 2007 (<http://hrw.org/reports2007/srilanka0107/>). Auch für die Zeiten seines Einsatzes in der LTTE sind zahlreiche Kriegsverbrechen Karunas und seiner Anhänger dokumentiert. Der Versuch Karunas, in Großbritannien einzureisen, steht vermutlich in Zusammenhang mit einer Spaltung der Karuna-Gruppe im Osten des Landes.

Rückläufige Tourismuseinnahmen

Nach offiziellen Angaben aus Sri Lanka wird – entsprechend der Statistik für die ersten zehn Monate von 2007 – mit einem Rückgang der Touristenbesuche und Tourismuseinnahmen um etwa 20 Prozent gerechnet. Der stärkste Rückgang wurde für Mai 2007 mit rund 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet, nachdem aus Sicherheitsgründen ein Nachtflugverbot für den internationalen Flughafen in Colombo verhängt worden war. Nach rund 560 000 Touristen im Jahr 2006 erwartete die Tourismusbranche für 2007 rund 600 000 Gäste, doch diese Zahl wurde zwischenzeitlich auf rund 500 000 reduziert.

S.P. Thamilselvan bei Luftangriff getötet

Bei Luftangriffen der srilankischen Luftwaffe wurde der Leiter des politischen Flügels der Tamil Tigers (LTTE), S.P. Thamilselvan, am 2. November 2007 getötet. Thamilselvan gilt als der höchstrangigste LTTE-Vertreter, der seit mehreren Jahren in Sri Lanka getötet wurde. Seit 1994 hatte er die Interessen der LTTE bei nahezu allen Verhandlungsrunden vertreten und galt als der Nachfolger des im Dezember 2006 verstorbenen politischen Kopfes Anton Balasingham. Beobachter in Sri Lanka befürchten, dass die LTTE diesen – laut offiziellen Meldungen gezielten – Re-

gierungsangriff durch Vergeltungsaktionen rächen und sich die Sicherheitslage somit weiter verschlechtern werde.

Anhaltende Kämpfe

Nahezu täglich berichten die Medien über Kämpfe vor allem entlang der so genannten Verteidigungslinie im Norden sowie auf See zwischen der srilankischen Marine und LTTE-Einheiten, den so genannten *Sea Tigers*. Nach Regierungsangaben wurde im Oktober das letzte hochseetüchtige Schiff der *Sea Tigers* versenkt. Die jüngste Offensive der srilankische Armee findet neben Gebieten im Osten auch im Nordwesten nahe Mannar statt, so dass die LTTE vor allem auf die Gebiete im Vanni zurückgedrängt werden soll. Am 22. Oktober 2007 hatten LTTE Bodeneinheiten und Flugzeuge den Luftwaffenstützpunkt in Anuradhapura angegriffen und zwei Helikopter zerstört, ein dritter stürzte später beim Einsatz gegen LTTE-Einheiten ab.

Norwegen bereit für Friedensverhandlungen – aber keine Hoffnung

Anfang Oktober 2007 hat der norwegische Beauftragte Jo Hannsen-Bauer bestätigt, dass Norwegen weiterhin bereit sei, Verhandlungen zwischen beiden Konfliktseiten zu moderieren. Schließlich beteuerten beiden Seiten wiederholt ihren Wunsch nach Frieden. Nach Einschätzung der unabhängigen Organisation National Peace Council gibt es aber derzeit keine Anzeichen dafür, dass die LTTE eine Alternative zum militärischen Kampf suche. Da zudem die Armee wider Erwarten Erfolge bei ihrer Offensive verzeichnet, wird auch von dieser Seite keine Rückkehr zu Verhandlungen erwartet. Laut einer aktuellen Meinungsumfrage des *National Peace Council* unterstützen 84 Prozent der Menschen die Militärkampagne der Regierung, doch 89 Prozent zweifeln, dass selbst ein Erfolg der Regierung den Konflikt lösen werde.

Analyse des Sinhala-Nationalismus und mangelnde Friedensaussichten

Die derzeitige harte Position von Präsident Rajapakse gegen die LTTE führt die *International Crisis Group* (ICG) in ihrem jüngsten Bericht zu Sri Lanka vor allem auf den politischen Wettbewerb zwischen den wichtigsten Parteien der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung, die *United National Party* (UNP) und die *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) zu-

rück. Demgegenüber sei aber laut diesem Bericht die Mehrheit der singhalesischen Bevölkerung nicht gegen faire Friedensverhandlungen. Solange die singhalesischen Parteien nicht ernsthaft zu Friedensverhandlungen bereit seien führten aber auch die anhaltenden Gewaltakte der LTTE dazu, dass Rajapakse seine Hardliner-Haltung nicht aufgeben werde. Somit blieben dem Präsidenten derzeit kaum andere politische Optionen als die der militärischen Lösung für den Einheitsstaat. Eine politische Lösung zur Beendigung des Konfliktes sieht der ICG-Programmdirektor für Asien, Robert Templer, einzig darin, dass internationaler Vermittler und Berater sehr viel umfassender die unterschiedlichen singhalesischen Parteien mit einbeziehen. Es dürfe nicht allein um Territorien gehen, sondern auch um politische Reformen, von denen alle Gemeinschaften profitieren können. Der Bericht ist unter <http://www.crisisgroup.org> verfügbar.

Tamil Rehabilitation Organisation in Sri Lanka verboten

Nachdem die Konten der *Tamil Rehabilitation Organization* (TRO) in den USA Mitte November eingefroren wurden, hat Ende November die srilankische Regierung der TRO die rechtliche Grundlage entzogen. Als Grund gilt, dass die TRO verdächtigt wird, die LTTE finanziell zu unterstützen. Die tatsächlichen Auswirkungen waren unmittelbar nach diesem Erlass noch nicht absehbar. Die TRO ist vor allem im Norden und Osten tätig und wurde nach dem Tsunami auch international bekannt. Zahlreiche internationale Organisationen hatten über die TRO Tsunami-Not- und Wiederaufbauhilfe in den von Tamilen bewohnten Gebieten geleistet. Schon 2005 wurde der TRO in Großbritannien die Gemeinnützigkeit aberkannt, da deren Geschäftsführung laut Presseberichten nicht im ausreichenden Maße nachvollziehbar gewesen sei. Die Entscheidung der srilankischen Regierung gegen die TRO war lange kontrovers diskutiert worden. Sie wird als mögliches Entgegenkommen gegenüber singhalesischen Hardlinern interpretiert.

UN-Bedenken über Menschenrechtsslage in Sri Lanka

Mit Empörung hat die srilankische Regierung auf die kritische Stellungnahme der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, zum Abschluss ihres Sri Lanka Besuchs im Oktober 2007 reagiert. Die Forderung nach der Entsendung von UN-Menschenrechtsbeobachtern wurde vehement abge-

lehnt. Louise Armour beklagte nach ihren Treffen mit Regierungsvertretern und Bürgerkriegsbetroffenen, dass der militärische Konflikt sowie die Terrorismusbekämpfung zu einer alarmierenden Situation der Menschenrechte führen. Sie erkannte einen breiten Vertrauensverlust gegenüber den staatlichen Stellen zum Schutz der Menschenrechte. Auch die offizielle Untersuchung zur Ermordung der 17 humanitären Helfer von *Action contre la Faim* im August 2006 wurden von Armour ebenso kritisiert wie die Vergehen der LTTE gegen Zivilisten sowie deren Rekrutierung von Minderjährigen.